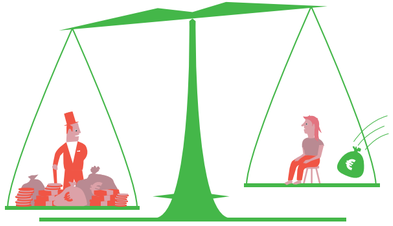
MYTHOS

Hohe Spitzensteuersätze schaden Wachstum und Beschäftigung.



FAKT

Höhere Spitzensteuersätze vermindern Ungleichheit!

In Deutschland wird die Angst geschürt, „Leistungsträger_innen“ würden sich bei zu hohen Spitzensteuern mit ihrem Kapital ganz und gar von Deutschland abwenden.

Das führe zu sinkenden Staatseinnahmen. Internationale Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler aber haben berechnet, dass der Staat mit einem Spitzensteuersatz von 80 Prozent am meisten Einkommensteuer einnehmen würde.

Außerdem ist eine progressive Einkommensteuer moralisch richtig, um die gravierende Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu vermindern.

MYTHOS

Die schwarze Null ist ein historischer Erfolg, sie muss stehen!

FAKT

Allein an Schulen gibt es einen Investitionsstau von 34 Mrd. Euro. Ohne qualifizierte Arbeitskräfte und eine gute Infrastruktur läuft die Wirtschaft nicht!

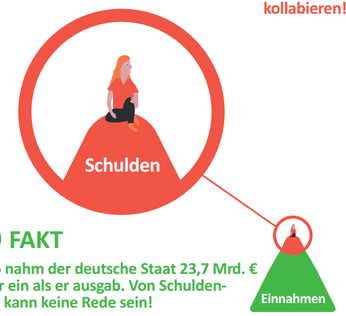
Generationengerechtigkeit – das heißt nicht unbedingt, den Kindern und Enkeln keine Schulden zu überlassen.

Besonders mit Blick auf die derzeit niedrigen Zinsen wäre mehr für die Zukunft geleistet, wenn das Problem der maroden Infrastruktur, der schlecht ausgestatteten Schulen, löchrigen Straßen und der sozialen Spaltung angegangen würde.

Ein kaputt gespartes Land raubt der nächsten Generation ihre Lebenschancen.

MYTHOS

Deutschland hat zu hohe Schulden. Der Staatshaushalt könnte kollabieren!



FAKT

2016 nahm der deutsche Staat 23,7 Mrd. € mehr ein als er ausgab. Von Schuldenkrise kann keine Rede sein!

Führt die Neuverschuldung dazu, dass der deutsche Staatshaushalt in den nächsten Jahrzehnten kollabiert?

Keineswegs, denn es kommt auf die Schuldenquote, die alle aufgelaufenen Verbindlichkeiten ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt setzt, an. Diese fällt in Deutschland rapide.

Außerdem ist Teil der Wahrheit, dass der Staat in den vergangenen Jahren unterm Strich stets einen Überschuss erzielt hat (2016: 23,7 Milliarden Euro).

MYTHOS

Die Vermögenssteuer legt die Axt an das Erfolgsmodell der kleinen Betriebe.

FAKT

Auch bei einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer gäbe es hohe Freibeträge für kleine Betriebe.

Deutschland schont Reiche, die sich für ihren Wohlstand nicht anstrengen müssen.

So trifft die Vermögensteuer nicht die Leistung im Beruf, sondern „toten“ Besitz. Dennoch wurde sie 1997 abgeschafft.

Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge könnte eine Wiedereinführung bis zu 20 Milliarden Euro pro Jahr in die öffentlichen Kassen spülen, auch wenn für Unternehmen so hohe Freibeträge vorgesehen wären, dass sich kleine Betriebe keine Sorgen machen müssen!

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT ENTWICKLUNG UMKEHREN

Bildung braucht bessere Bedingungen

Fakten contra Wirtschaftsmythen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

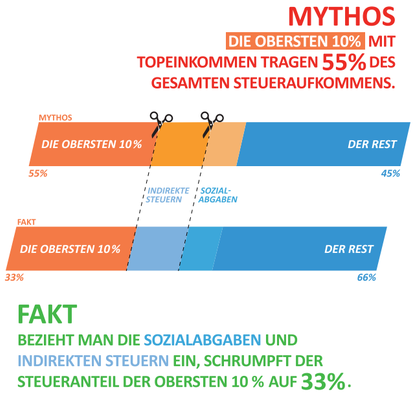
Hessen

Es stimmt – jedes Jahr ein neuer Steuerrekord! Das alleine heißt aber nichts.

Steigende Steuereinnahmen bedeuten nur, dass die deutsche Volkswirtschaft wächst und die Preise steigen.

Ein klares Bild über die Steuerlast erhält man aber nur, wenn man Steuerzahlungen in Relation zum Einkommen setzt.

Und dann zeigt sich: Heute ist die Belastung keinesfalls auf Rekordniveau, sondern niedriger als in anderen Jahrzehnten der Bundesrepublik.



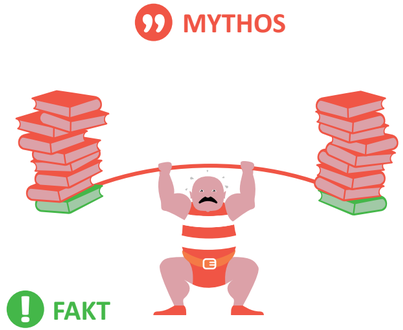
Bei der Mehrwertsteuer im Supermarkt und der Mineralölsteuer an der Tankstelle führen alle Menschen in Deutschland – unabhängig ihres Vermögens und Einkommens – gleich viel ab.

Neben diesen indirekten Steuern werden die kleinen Verdienerinnen und Verdiener auch bei den Sozialabgaben überproportional in die Verantwortung genommen: Da der Tarif für alle gleich ist, aber nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze gilt, werden hohe Gehälter nämlich nur zum Teil belastet. Deshalb schrumpft der Anteil der obersten 10 Prozent mit Topeinkommen am Steueraufkommen von 55 auf 33 Prozent.

Oft heißt es, hohe Steuern bremsten die Leistungsbereitschaft und kosteten Wachstum und Arbeitsplätze.

Immer wieder wurde daher mit Steuersenkungen experimentiert. Dies war aber zu kurz gedacht, denn die positiven Effekte hielten sich nur kurzzeitig, die Steuereinnahmen hingegen fehlten auf lange Zeit in den öffentlichen Kassen.

Zahlreiche Studien haben nachgewiesen, dass guter Marktzugang, ausgebaute Infrastruktur und qualifizierte Arbeitskräfte viel wichtiger für das Wirtschaftswachstum sind als die Steuerlast.



Die absolute Höhe der Bildungsausgaben alleine ist nicht aussagekräftig.

Was zählt, ist der Anteil der Bildungsausgaben an der Wirtschaftsleistung. Deutschland liegt bei einer solchen Betrachtung deutlich unter dem OECD-Durchschnitt, investiert es doch nur 4,2 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in Bildung.

Der Trend der letzten Jahre ist negativ. Das bedeutet eine weitere Entwertung der Bildung! Aktuell sind wir also leider nicht auf dem Weg zur vielfach ausgerufenen, finanziell gut ausgestatteten Bildungsrepublik.

In Hessen

nehmen die Anforderungen an das Bildungswesen ständig zu, während Ausstattung und Rahmenbedingungen immer weiter hinterher hinken und die Arbeit der Bildungsprofis in den letzten Jahren immer mehr abgewertet wurde.

In den Kitas und Schulen (insbesondere Grundschulen) fehlt inzwischen aufgrund der mangelnden Attraktivität des Berufs zunehmend ausgebildetes Personal.

In den Hochschulen wird der wissenschaftliche Nachwuchs mit Fristverträgen abgespeist. Gebäude verfallen zusehends.

Wir brauchen deshalb dringend mehr materielle Anerkennung der Arbeit in den Bildungseinrichtungen, und wir brauchen eine Ausstattung, mit der die Anforderungen auch erfüllt werden können. Von kleineren Gruppen und Klassen bis hin zu Bedingungen, mit denen Inklusion, Ganztag u.v.a.m. auch mit hoher Qualität umgesetzt werden können.

Und das kostet Geld! Deshalb ist es wichtig, dass sich alle an guter Bildung Interessierten zusammen tun und sich gemeinsam auf lokaler und landesweiter Ebene, auch öffentlich, für bessere Bedingungen für Bildung engagieren.

GEW Hessen | Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. 069–971293 0 | www.gew-hessen.de | info@gew-hessen.de
Grafik: polyfuchs.com | www.zplusz.de